

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 26.

Berlin, den 11. März 1917.

11. Jahrgang.

Parteigenossinnen!

Durch die Presse seid Ihr unterrichtet über die Vorgänge im Parteivorstand, der seine Mehrheit als Vorwand benutzte, mich wider alles Recht aus dem Vorstand zu stoßen. Die Genossinnen sind also jetzt ohne Vertretung im Vorstand.

Ich bin gewiß, daß die deutschen Genossinnen und die des Auslandes mit wenigen Ausnahmen mein politisches Verhalten, insbesondere meine Tätigkeit im Vorstande, gut heißen.

Als Sozialdemokrat und anständiger Mensch konnte ich nicht anders handeln, wie ich es tat. Schweigen und ruhiges Geschehenlassen in dieser Situation wäre Pflichtvergessenheit gewesen. Ich hätte mich mit Recht Eurer Achtung bedient. Doch nicht um meine Person handelt es sich bei der Beurteilung dieses Ereignisses, sondern um etwas viel Größeres: um unsere sozialistischen Ideale, um Gegenwart und Zukunft der Sozialdemokratie.

Mit tiefem Schmerz und steigender Verbitterung sind wir seit zweieinhalb Jahren Zeuge der verderblichen Kriegspolitik der Fraktions- und Vorstandsmehrheit.

Immer klarer enthüllt sich diese Politik als ein Unglück für die Partei und den internationalen Sozialismus.

Zu unserer großen Befriedigung wächst aber auch, trotz Belagerungszustandes, Zensur und Einschränkung der Versammlungsfreiheit, die Opposition. Immer größere Scharen protestieren gegen die nationalistisch gerichtete Politik der Fraktion, die jeden selbständigen grundsätzlichen Kampf aufgegeben hat, und, in Anlehnung an die bürgerlichen Parteien, sich als Werkzeug der Regierung gebrauchen läßt.

Insbesondere die Mehrheit unserer Genossinnen, die die Nöte und Bitternisse des Krieges am tiefsten und schmerzlichsten empfinden, die schwer tragen an der Sorge um die Zukunft der Arbeiterbewegung, stehen in scharfer Opposition zur Fraktionspolitik.

Getreu den alten sozialdemokratischen Grundsätzen, verurteilen sie die Vertrauensstundgebungen für die Regierung, beklagen sie die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz und die ganze opportunistische Politik, die nach ihrer Ueberzeugung kriegsverlängernd und nicht friedensfördernd wirkt, die die Verständigung unter den Sozialisten der kriegsführenden Länder erschwert.

Das schnelle Wachstum der Opposition macht den Vorstand immer unzulässiger. Zu den unzähligen Bannstrahlen, die gegen die Opposition geschleudert wurden, kamen bald die brutalsten Unterdrückungsmaßnahmen.

Das Parteirecht wurde zerstört. Gewalt trat an die Stelle des Rechtes. Diese Gewaltpolitik

erzeugte an manchen Stellen geradezu eine geistige moralische Verwahrlosung, wie sie in der Partei bisher ganz unbekannt war. Die Zerreißung der Partei bildete den Gipfel der Diktatur. Jetzt steht die Opposition auf der ganzen Linie im Kampf für die alten Grundsätze.

Genossinnen, da dürft Ihr nicht die Letzten sein!

Steht mutig zu Eurer Ueberzeugung! Laßt Euch nicht schrecken durch die Drohung, daß man Euch aus der Partei werfen will. Dazu hat niemand das Recht. Ihr werdet den Gesinnungsgenossen die Solidarität bewahren.

Bekennet Euch offen und stolz zur Opposition!

Handelt nach wie vor treu nach den Grundsätzen des internationalen Sozialismus!

Werbet unablässig Anhänger für Eure Anschauungen, sowohl in den Reihen der Partei als auch unter den Unorganisierten.

Viele unserer ehemaligen Kampfgenossen haben aus Parteiverdroßtheit, aus Zorn über die Mehrheitspolitik die Partei verlassen. Sie müssen von der Opposition wiedergewonnen werden und Hunderttausende neue Anhänger dazu. Wir brauchen sie alle, um den stolzen Bau der Partei wieder zu errichten, der jetzt nach den Anweisungen des Vorstandes freventlich zertrümmert wird.

Euer Zorn über die Preisgabe unserer Grundsätze, Eure Trauer um die Zerreißung der Partei, für die wir alle mit unendlicher Liebe und Aufopferung, mit der Hingabe unserer besten Kraft gearbeitet haben, wird für Euch zum treibenden Motiv von höchster Bedeutung werden, wird Euch fähig machen, Großes zu leisten im Dienste des Sozialismus.

Insbesondere für die Millionen schwerschaffender Frauen, die, niedergebeugt vom Druck der Arbeit, unter den Nöten des Krieges seufzen, die, zermürbt von dem Leid, das ihre Seele quält, dumpf abseits stehen, müßt Ihr die Erwecker und Wegweiser werden.

Euer Eintreten für die Ideale der Demokratie und des Sozialismus wird aber auch ein hellklingendes Echo wecken bei unseren Brüdern und Schwestern im feindlichen Ausland. Es wird dazu beitragen, daß die Bande internationaler Solidarität neu geknüpft werden und der Kampf der Völker für den Frieden in allen Ländern entbrennt.

Deshalb ans Werk!

Ruhet die Stunde! Keine darf fehlen! Denn jetzt geht es um unser Höchstes: um unsere große Sache, um die Zukunft des internationalen Sozialismus.

Berlin, den 1. März 1917.

Luise Zieg.

Die deutschen Brüder

des Herrn Fuhrmann.

Als am 1. März der Kriegsminister v. Stein im Reichstage über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in den feindlichen Ländern sprach und auf empörende Vorgänge hinter der französischen Front hinwies, da ertönte von der rechten Seite des Hauses der Zuruf: „Das sind die französischen Brüder des Herrn Haase!“ Man brauchte sich über eine so geist- und taktlose Aeußerung einiger „vornehmer“ und hochpatriotischer Heißsporne nicht weiter aufzuregen, wenn sie nicht der drastische Ausdruck einer Stimmung wären, die der sozialdemokratischen Opposition all den Haß entgegenbringt, dessen eine von nationalen Leidenschaften aufgepeitschte Zeit nur fähig ist. Aber diese Stimmung ist nicht nur im Lager der Konservativen und aller Gegner des Sozialismus zu finden, sie beherrscht ebenso stark die Köpfe der Regierungssozialisten, ja diese Sozialpatrioten sind es erst, die in ihrem blinden Haß gegen die Opposition mit immer neuen Argumenten das angeblich „vaterlandslose“ Verhalten ihrer Parteigegner denunzieren. Dafür ließen sich unzählige Beispiele anführen. Und fast jeder Arbeiter, der in irgendeiner Zusammenkunft Zeuge sein konnte, wenn ein Anhänger der Vorstandspolitik gegen die Opposition vom Leder zog, wird mit eigenen Ohren gehört haben, daß der Vorwurf, die Opposition lasse das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stich, in allen möglichen Variationen ertönte und der Hauptschlager unserer Kriegssozialisten war und auch jetzt noch ist. Das burgfriedliche Band, das diese „neuorientierten“ Sozialdemokraten mit der Regierung und mit den burgfriedlichen Parteien umschlingt, ist also auch im „geistigen“ Kampfe gegen die Opposition ein festes Bindemittel. Diese Ideengemeinschaft mit den Machtpolitikern der gepanzerten Faust liefert auch die psychologische Voraussetzung für die rückwärtslose Machtpolitik des Parteivorstandes, mit der er, unbeirrt durch Rechtsbedenken oder demokratische Gewissensmahnungen, das Parteigebäude auseinanderprengt.

Es besteht in der Tat kein Wesensunterschied zwischen dem obenerwähnten Zwischenruf einiger konservativer Patrioten und den Ausführungen, die z. B. der juristische Vertreter des Parteivorstandes vor Gericht gegen die um ihr gutes Recht kämpfenden früheren Vorwärtsredakteure machte. Das patriotische Pfauenrad, das hier im höheren Auftrage des Vorstandes und des Herrn Richard Fischer geschlagen wurde, sollte die Rechtsblöße verdecken, ganz zu schweigen von dem Mangel an sozialistischem Geiste und demokratischen Grundsätzen, der in der ganzen Vorwärtskampagne des Vorstandes in Erscheinung tritt. Dabei können die Herren nicht einmal Anspruch auf Originalität erheben. Es ist schon geraume Zeit her, da wurde auf Grund von dunklen Andeutungen in der „Chemnitzer Volksstimme“ von einem Berliner bürgerlichen Blatte gegen die frühere Vorwärtsredaktion der Vorwurf erhoben, sie erhalten Geld vom feindlichen Auslande für ihre „vaterlandsfeindliche“ Haltung.

Das alles geschieht, weil der letzte Grund für die Haltung der Opposition die Ueberzeugung ist, daß man in der Stunde der Gefahr den Sozialismus und die Demokratie nicht im Stiche lassen dürfe. Denn mit dem unbeirrten, klaren, energischen, durch keine Kriegspynchose umnebelten Festhalten am Sozialismus und an den Forderungen der Demokratie wird nach unserer Ueberzeugung dem Vaterlande und dem Volke, d. h. jener übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, die unter der Weltkatastrophe am meisten zu bluten, zu leiden, zu dulden und zu entbehren haben.

Ein solches Festhalten am Sozialismus hätte sicher die Dauer des Krieges abkürzen, seine gewalt-

Mittwoch, den 14. März:

Zahlabend in Groß-Berlin.

tige Ausdehnung eindämmen können, denn es hätte den Sozialisten aller Länder Kraft gegeben, gegen die kriegstreibenden Elemente Front zu machen und in engerer Wechselwirkung zum Frieden zu drängen. Dadurch aber, daß überall die Regierungssozialisten das Schicksal des Sozialismus und der Arbeiterbewegung mit den Interessen ihrer kriegerischen Regierungen verknüpft haben, müssen sie auch die Verantwortung für Kriegsverlauf und Kriegsdauer mit übernehmen, mögen sie noch so sehr, wie z. B. Scheidemann, mit platonischen Friedensworten und Friedensbeteuerungen um sich geworfen haben. Mögen die Herren Regierungssozialisten, die diese Worte vielleicht lesen, höhnisch darüber die Achseln zucken. Wahr bleibt das hier Gesagte trotz alledem. Und wenn ihnen einmal die Sonne des Belagerungsstandes nicht mehr leuchtet, in deren Strahlen sie ihre fadenscheinigen Argumente für ihre Kriegspolitik ungehindert vor aller Augen auf die Bleiche bringen, einmal wird die Zeit kommen, in der ihnen nachgewiesen werden kann, daß sie von Kriegshase zu Kriegshase den Sozialismus und die Demokratie immer mehr in Stich gelassen haben.

Bis dahin muß die in ihrer Meinungsäußerung eingeengte und getriebene Opposition sich Vorwürfe gefallen lassen, wie sie in jener Reichstagsführung vom 1. März von den Bänken der Rechten erschallten. Und sie kann das auch, sieht sie doch, daß ihr Los gleich ist dem Lose aller ehrlichen Sozialisten in den anderen Ländern. In Frankreich, in England, in Italien wird die sozialistische Opposition von allen Seiten mit dem gleichen Anwurf der Vaterlandslosigkeit bedacht wie in Deutschland. Aber überall wird die Sache des Sozialismus aus allen Verwüstungen und Verirrungen, aus allen Hemmungen und Verleumdungen rein hervorgehen und die Arbeiterklasse wird sich von denen wenden, die den Sozialismus nur auf den Lippen führten, durch ihre Taten aber den Weltbrand mit haben schüren helfen.

Diese Erkenntnis scheint auch dem einen oder anderen Regierungssozialisten manchmal wie eine düstere Vorahnung aufzudämmern. So wenn im Vorstands-„Vorwärts“ die Verantwortung für den verhänglichsten U-Boot-Krieg abgelehnt wird. Aber solche Deklamationen können nur politische Wideländer ernst nehmen. Als ob diese Verschärfung der Kriegführung mit all ihren Konsequenzen, dem Eintreten Amerikas in den Weltkrieg, das mexikanische „Mißgeschick“ des Leiters der deutschen Diplomatie usw. in der Luft schwebte, als ob diese Vorgänge nicht in allerengstem organischen Zusammenhange ständen mit den vorausgegangenen Kriegseignissen! Wer durch seine Kriegskreditbewilligungen bis in die letzten Tage hinein das Siegel unter den Pakt drückt, den man mit den kriegführenden Gewalten geschlossen hat, kann keinem denkenden Menschen einreden, daß er die Verantwortung für die Konsequenzen der Kriegführung ablehnen könne. Alles diplomatische Drumherumreden und alle journalistischen Schaumschlägereien, alle papiernen Fehden gegen ~~die~~ ~~usw.~~, können nicht verhindern, daß die ~~usw.~~ ~~usw.~~ unteren Regierungssozialisten ein vollgerüttelt Maß Schuld an der Verschärfung, Ausdehnung und, wie zu befürchten ist, auch an der Verlängerung des Krieges zuweist.

Es ist daher auch sehr begreiflich, daß die Verfächter einer rücksichtslosen Kriegführung und uferloser Annexionen mit besonderer Vorliebe Kronzeugen aus dem Lager der Regierungssozialisten für ihre hochgespannten Forderungen aufmarschieren lassen. Ein besonders lehrreiches Beispiel lieferte die Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 21. Februar, in der die Herren Bell vom Zentrum und der national-liberale Herr Fuhrmann von der Landtagstribüne aus in hoher Reichs- und Kriegspolitik machten, den verhänglichsten U-Boot-Krieg verherrlichten und ihre Annexionswünsche verkündeten. Herr Fuhrmann, der ein leidenschaftlicher Vorkämpfer der bekannten Kriegsziele der sechs Wirtschaftsverbände ist, zeigte sich als äußerst gut beschlagen in der Literatur unserer Kriegs- und Regierungssozialisten. Eine reiche Fundgrube kriegsbegeisterter und annexionslüsterner Argumente hat er in der von Konrad Hänisch redigierten und vom Parteivorstand protegierten und gegen die „Neue Zeit“ ausgespielten „Glocke“ gefunden. Nachdem Herr Bell schon mit Zitaten aus Artikeln von Paul Lench aufgewartet hatte, verlas Herr Fuhrmann lange Stellen aus der „Glocke“, aus den „Sozialistischen Monatsheften“

und aus der „Chemnitzer Volksstimme“ in denen die Herren Leimpeters, Zeppler, August Müller usw. ganze Sturzläufe auf die anagnostischen Mühlen des Herrn Fuhrmann laufen lassen.

Das sind die deutschen Brüder des Herrn Fuhrmann, die unbedeutend vom Parteivorstande eine Politik verkünden die in dieser blutigen und blutigen Zeit aller sozialistischen und demokratischen Grundfragen us Gesicht schlagt. Und wenn auch die sozialistischen Sachverwalter des Vorstandes dann und wann von dieser offenen Sozialimperialisten abzurufen suchen, so ändert das nichts an der Tatsache, daß man mit ihnen in allen Fragen der praktische Politik — siehe Kreditbewilligung, Zivildienstgesetz usw. — Hand in Hand geht und sie als liebe Hausgenossen im auseinandergesprengten Hause der „Gesamtpartei“ an die Brust drückt. So lächerlich und töricht daher der Vorwurf ist, brutale fratricide Säbelmenschen könnten „die Brüder des Herrn Haase“ sein, so richtig ist die Behauptung, daß unsere Regierungssozialisten die deutschen Brüder des Herrn Fuhrmann geworden sind.

Auch in diesem Falle tritt klar zutage, daß der Sozialismus und die Demokratie im Hause der vom Parteivorstande „gereinigten“ und zusammengetriebenen „Gesamtpartei“ keine Stätte mehr hat. Ihnen ein neues Heim zu bereiten, wird jetzt Aufgabe der Opposition sein, die ihre versprengten Kräfte sammeln muß, um den Kampf der deutschen Arbeiterklasse wieder ehrlich sozialistischen Gedankeninhalt zu geben. Nicht auf parteirechtliche Auseinandersetzungen, nicht auf Gezänk um Organisationszugehörigkeit kommt es jetzt beim Zusammenschluß in erster Linie an, sondern auf die Notwendigkeit, der alten Sozialdemokratie neue Kraft, neue Erkenntnis, neue Aufgaben, und, da uns die Gewaltherrschaft des Parteivorstandes dazu drängt, auch ein neues Gewand zu geben. Der in Kürze bevorstehende feste Zusammenschluß der Opposition muß den Grundstein legen zu einem Bau, der der deutschen Arbeiterklasse mehr Vertrauen einflößt als das durchlöcherterte und aus allen Fugen gehende Gebäude der sozialistisch maskierten deutschen Brüder des Herrn Fuhrmann.

Brunnenvergiftung.

Mit heiligem Bemühen sind die journalistischen Tagelöhner der Politik des Parteivorstandes und der Gewerkschaftsführer am Werk, die Partei- und Gewerkschaftsagenossen, die jetzt den feldgrauen Rock tragen, zu bearbeiten, um sie bei Kriegsende zu einer ergebnisreichen Schutztruppe zu machen. Und man muß anerkennen, daß sie die Bearbeitung der Feldgrauen seit langem mit einer Energie und mit einem Aufwande von Geld und Papier durchführen, die die Anhänger der Opposition zur Racheiferung anreizen müßte. Freilich, mit der Wahrheit und der Objektivität nehmen es die Herrschaften, die sich als die einzig wahren und amtlich beglaubigten Sozialdemokraten aufspielen, nicht weiter genau. Sie handeln nach dem alten jesuitischen Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel. Und der heilige Zweck ist in diesem Falle das Bestreben, den Genossen im Waffenrock die Opposition in den schwarzen Farben zu schildern. Diese Aufgabe hat besonders die „Sozialdemokratische Feldpost“ zu erfüllen, die eine innige Arbeitsgemeinschaft mit dem Vorstands-Vorwärts, der „Glocke“ usw. verbindet. Ein besonders lehrreiches und aufpeitschendes Beispiel von der Art, wie die Genossen im Felde und in den Garnisonen über Berliner Parteivorgänge unterrichtet werden, lehrt u. a. die letzte Nummer der „Sozialdemokratischen Feldpost“. In einem Artikel, betitelt: „Kritik in Berlin“ wird die Gründung der Gegenorganisationen Eugen Ernstcher Observanz als Großtat gerühmt, über die Tätigkeit der rechtmäßigen, freilich auf dem Boden der Opposition stehenden Berliner Organisationen wird denen draußen im Felde aber folgendes Bild entworfen:

Unterdessen „arbeiten“ die Oppositions-Instanzen weiter alles in Grund und Boden. Am 1. Januar 1917 wurde das Jugendsekretariat „aus Mangel an Mitteln“ aufgegeben, in Wirklichkeit war ihnen der Sekretär Weimann wegen seiner Anschauung nicht genehm. In der Arbeiter-Bildungsschule hält jetzt der ehemalige Vorwärtsredakteur John als Vortragabend für Amateur-Photographie! Das hat nur noch gefehlt, um die „revolutionäre Tätigkeit“ der Hoff- und Leidmänner zu belichten. In den verflochtenen neim Monaten, seit die Rinderheit sich in Berlin am Ruder fühlte, ist weder für den Frieden noch für bessere Ernährungspolitik irgendeine Maßnahme geschehen. Politisch untätiger, oder richtiger, unfruchtbarer, ist wohl selten

eine Körperschaft gewesen, als dieser Parteivorstand. Er hatte freilich den „Klassenkampf“ gegen den Parteivorstand zu führen, und da blieb eben für positive Tätigkeit keine Zeit! Nun wird sich aber so oft vertehrte gesunde Sinn der Berliner Genossen bald wieder bemerkbar machen und mit den Resten der Zerstückungspolitik allgemach aufräumen.“

Es erübrigt sich, auf die Einzelheiten dieser „objektiven“ Berichterstattung einzugehen. Auch die verlogene Darstellung der Tätigkeit unserer Arbeiterbildungsschule soll zu dem übrigen gelegt werden. Die Leser des „Mitteilungsblattes“ können sich ja in jeder Nummer den Arbeitsplan der Schule ansehen, und sie werden wissen, wie die Schule bemüht ist, trotz der schwierigen Zeit- und Finanzverhältnisse ihrer alten Aufgabe, den Geist des wissenschaftlichen Sozialismus zu pflegen, gerecht zu werden nicht. Aber man stelle sich vor, wie diese Art der Brunnenvergiftung auf unsere Genossen draußen im Felde, die in ihrem Lebensbedürfnis zu der ihnen aufgedrängten „Feldpost“ greifen und die Dinge nicht nachprüfen können, wirken muß. Die Opposition muß ihnen ja auf Grund solcher Darstellungen als eine Bande sinnloser Krawaller erscheinen, mit denen sie schließlich nichts gemein haben wollen.

Daraus erwächst für alle Parteigenossen, die der Opposition angehören, gerade angesichts der neuesten Vorgänge in der Partei die doppelte und dreifache Pflicht, ihrerseits mehr als bisher der Aufklärung der draußenstehenden Genossen ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Das ist eine Lebensnotwendigkeit, wollen die Anhänger der Opposition über ihre Gegenwart und über die Gewaltmenschen in Partei und Gesellschaft triumphieren. Und wenn mancher heute klagt, daß uns der Belagerungsstand und andere Kriegsnöte die Arme lähmen und politische Taten unmöglich mache, hier ist ein Betätigungsfeld gegeben, auf dem jeder soziale Parteigenosse und jede Parteigenossin wirklich praktische und fruchtbringende Arbeit leisten kann. Es gilt in Interesse der Gesundung der Sozialdemokratie, diese von der Gegenseite raffiniert betriebene Brunnenvergiftung entgegenzuarbeiten. Darum: schließt die Mitteilungsblätter, schließt die auf dem Boden der Opposition stehenden Zeitungen in das Feld und in die Garnisonen! Das Beispiel der „Feldpost“ zeigt uns, daß wir nicht schimpfend oder resigniert auf Seite sein sollen. Die Aufklärung derer, die später Schulter an Schulter mit uns der alten Sozialdemokratie zu ihrem Leben verhelfen sollen, ist eine dringende Forderung des Tages.

Die Reichstagswahl in Ost-Havelland.

Der Wahltag im Kreise Ost-Havelland rückt immer näher heran. Am Mittwoch, den 14. März, sollen die Wahlen im Kreise Ost-Havelland entscheiden, wer der Nachfolger Lübkechts im Reichstage sein soll.

Für einen aufgeklärten Arbeiter und Parteigenossen kann die Entscheidung nicht schwer fallen. Er kann nur einen Mann wählen, der die Garantie bietet für eine selbständige Politik der Sozialdemokratie. Diese Gewähr bietet nur die Wahl des Genossen Franz Mehriug, eines Mannes, der, jeder Konzessionsmacherei abhold, die Befreiung der Arbeiter nur als ihr eigenes Werk ansieht.

Die Wahl findet unter dem Belagerungsstand statt. Die Regierungssozialisten haben einen eigenen Kandidaten aufgestellt, von dem sie hoffen, daß er sich der Gunst der bürgerlichen Wähler erfreuen wird und daß auf diese Weise ihnen das Mandat zufällt. Man spekuliert auf die bürgerlichen Wählerstimmen. Das entspricht nicht der Ehre und Würde eines aufrechten Sozialdemokraten. Lieber ehrlich unterliegen, als ein Mandat mit Hilfe politischer Gegner ergattern. Das ist ehrlicher, als dieses Schielen nach bürgerlicher Hilfe. Und der Arbeiterklasse auch würdiger. Aber gerade deshalb müssen unsere Genossen alles daransetzen, um möglichst viel Stimmen aus der Arbeiterklasse auf den Genossen Mehriug am 14. März zu vereinigen. Uebe deshalb jeder Wähler im Ost-Havelländer Kreise am Wahltag sein Wahlrecht aus.

Und stelle sich jeder Genosse und jede Genossin am Wahltag zur Wahlhilfe zur Verfügung. An die Genossen und Genossinnen in Groß-Berlin ergeht hiermit die dringende Aufforderung, soweit wie möglich am Wahltag zur Wahlhilfe bereit zu sein.

An die Reichstagswähler des Wahlvereins Potsdam-Spandau-Osthavelland und die Landtagswähler des 11. Berliner Landtagswahlbezirks. Parteigenossen!

Seitdem Ihr mir die Ehre erwiesen habt, mich als Ehrenkandidaten für die demnächstigen Erjahlwahlen

aufzulesen, überhäufen mich die Regierungssozialisten mit Schmähungen wegen der Angriffe, die ich vor einem Menschengalter gegen die Partei gerichtet habe.

Selbst Herr Stahl, der ich, unterstützt von Konserativen, Liberalen und Geiern, um das Reichstagsmandat Karl Liebknechts bemüht, hat sich herabgewürdigt, in die Schmähungen einzustimmen.

Parteigenossen! Es fällt mir nicht ein, mich dagegen zu verteidigen. Durch meine dreißigjährige Parteitätigkeit, gegen die die Regierungssozialisten nicht das geringste vorzubringen wissen, habe ich das Unrecht meiner Jugend gut zu machen versucht. Und daß ich es nicht ohne Erfolg getan habe, beweist mir das ehrenvolle Zeugnis der Reaktion, sie mich in meinem vierzigsten Lebensjahre zu einer Opfer des Sozialistengesetzes, wie in meinem siebenzigsten Lebensjahre zu einem Opfer des Belagerungszustandes gemacht hat.

Nicht mich können die Regierungssozialisten mit ihren Schmähungen beleidigen, denn sie beubeln damit ihren eigenen Parteivorstand. Alles das, was sie vorbringen, hat der Parteivorstand aufs genaueste gewünscht, als er mir seit Jahrzehnten hohe Vertrauensstellungen in der Partei übertrug.

Der Parteivorstand, demdamals freilich noch Aver, Bebel und Singer angehörte hat mich beauftragt, die Geschichte der Partei zu schreiben und einen bedeutenden Teil des Nachlasses von Marx, Engels und Lassalle herauszugeben. Der Parteivorstand hat mich, als dieselben Schmähungen, die heute, im Jahre 1903 gegen mich laut wurden um ich infolgedessen bei der Prüfung der Sachlage mein Tätigkeits für die Neue Zeit einstellte — nach erfolgter Prüfung aufgefordert, sie wieder aufzunehmen. Der Parteivorstand hat mir noch in den letzten Jahren ein Lehramt an der Parteschule übertragen und mich für Jahr trotz meines Sträubens darin festgehalten, bis ich es freiwillig niederlegte.

Entweder — oder, Partigenossen! Entweder bin ich, wie die Regierungssozialisten behaupten, ein charakterloses Subjekt, dann ist er erster Reihe der Parteivorstand geschändet, der mir eine Ehrenstelle der Partei nach der anderen übertrug. Oder er hat recht daran getan, und dann sind die Regierungssozialisten, die mich heute schmähend, elende Verleumdeter.

Parteigenossen! In der Erbärmlichkeit der Waffen, mit denen sie kämpfen, könnt Ihr die Erbärmlichkeit der Ziele erkennen, die sie verfolgen.

Franz Mehring.

Aus der Bewegung.

Aus dem dritten Wahlkreis. Wie allerorten, so hat auch unser kleiner Verein unter dem Einfluß des Krieges sehr stark gelitten. Schon im Frieden war durch die drückende Lage unseres Kreises eine starke Fluktuation der Mitglieder zu verzeichnen. Namentlich in der inneren Mission, in der ein großer Teil unseres Kreises liegt, waren die Arbeiter genötigt, fortzuziehen nach Außenbezirken, weil infolge häuslicher Veranlassungen ganzer Straßenzüge, aus Wohnhäusern Geschäften und Kaufhäuser wurden. Dazu kam noch, daß immer mehr Zimmervermietungen sich hier ansiedelten, bei denen ein unangesehener Ab- und Zuzug stattfand, so daß wir uns die größte Mühe geben mußten, um nur einen Teil der neugewonnenen Mitglieder festzubehalten. Alle diese Umstände haben sich nun jetzt erst recht fühlbar gemacht, es mangelt überall an Funktionären und von manchen Abteilungen im Kreise befinden sich über zwei Drittel im Heeresdienst, so daß es uns große Mühe kostet, alles in Ordnung zu halten.

Aber trotz all dieser Schwierigkeiten können wir im Frieden sein, hat doch der Mißbrauch der Macht, die dem Parteivorstand und seinen Palaminen in Amt und Würden die Zeitumstände in die Hände gelegt haben, es bewirkt, daß ein fester Zusammenschluß der übrigen gebildeten Zustände kam, und nur ein kleiner Teil ehemaliger Kreisgenossen ist uns untreu geworden. Mit Einverständnis wurde in unseren Sitzungen und Konferenzen von Frauen und Männern dem Aufruf der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der Entschiedenheit des Zentralvorstandes Groß-Berlins zugestimmt (siehe Mitteilungsblatt Nr. 20). Die Verbreitung unseres Mitteilungsblattes, die in seinem Anwachsen ist, sowie die Erhaltung unserer bewährten Zeitschriften „Neue Zeit“ und „Gleichheit“ werden wir tatkräftig fördern, weil wir aus diesem Kriege, den wir als eine derurchbarsten Explosionen der kapitalistischen Wirtschaftsweise betrachten, dazu gelernt haben, daß es fernhin nötig sein wird, mit aller Kraft und Energie gegen die Auswüchse dieser Gesellschaftsordnung anzukämpfen, damit solche Rückschläge in frühere Zeiten immer seltener werden und wir der Einführung einer neuen, sozialen Weltordnung ganz aufhören.

Ja, wir haben nichts vergessen und viel dazu gelernt und werden das Gelernte benutzen, jetzt schon, und erst recht von dem Tage an, wo das erkösende Wort Frieden alle Inkarnationen von einem furchtbaren Alp befreit. Wir werden es jetzt recht benutzen können, wenn dieser ersehnte Tag, der ja doch einmal kommen muß, uns von dem eisernen Ring befreit, der das Chaos der Kriegszeit zusammenhängt. Wir werden vereint mit den Genossen Groß-Berlins und den Genossen der Opposition hinter der Arbeitsgemeinschaft stehen und sind der festen Zuversicht, daß es nicht mehr lange dauern wird, daß aus der jetzigen Minderheit die übergroße Mehrheit sich entwickelt, wenn sie ohnehin nicht schon vorhanden ist. Darum ist unsere

Parole, trotz aller Hindernisse, die man uns in den Weg wirft, wie immer: vorwärts, und nun erst recht!

Die Wahlmännerwahlen im 11. Landtagswahlbezirk sind nun abgeschlossen. Am Dienstag, den 6. März mußten noch einige Nachwahlen vorgenommen werden. Es waren drei Stimmwahlen und 6 Neuwahlen erforderlich. Davon fielen 4 auf die 1. Abteilung, 3 auf die 2. und 2 auf die 3. Abteilung. Wir erhielten noch 4 Wahlmänner, die übrigen erhielten die Freistimmigen. In zwei Bezirken hatten wir keine Wahlmänner aufstellen können. In einem Bezirk hatte man die alten Inassen eines Zitates herbeigebracht, um den in Stichwahl mit einem Genossen befindlichen Inspektor des Zitates wählen zu lassen. In einem Bezirk der ersten Abteilung, wo wir keinen Wahlmann aufgestellt hatten, erhielten ein freistimmiger Wähler, ein Fabrikant, der sich selbst wählte. Wir haben demnach 220 Wahlmänner bei den Erstwahlen geholt.

Folgen der Spaltung. Unter dieser Überschrift wird in der Mehrheitspresse bewegliche Klage darüber geführt, daß die Spaltung der schweizerischen Sozialdemokratie bei der kürzlichen Wahl eines Züricher Bezirksanwalts zu einer Niederlage des sozialdemokratischen Kandidaten Vogel geführt hat. Diese Niederlage ist bedauerlich. Wer hat sie aber verschuldet? Niemand anders als die Partei der Grünlianer, die politische Gesinnungsgenossin der deutschen „Mehrheit“, die bei der Züricher Wahl 3000 weiße Stimmzettel abgab und dadurch den Sieg des bürgerlichen Kandidaten herbeiführte.

Durch Lanzenrücken über die „Spaltung“ und über die „Hinausdrängung“ der Grünlianer aus der schweizerischen Partei sucht die Mehrheitspresse diesen Sachverhalt zu verunsichern, dieselbe Presse, die bei der Hinausdrängung der Minderheit und der Verschärfung der deutschen Partei durch die Instanzen der Mehrheit sorgsame Handlangerdienste leistet. Kein Wort des Vorwurfs gegen die Grünlianer, die der Partei in den Rücken fielen und das Mandat einem Bürgerlichen auslieferten! Dagegen Vorwürfe gegen die schweizerische Sozialdemokratie, die durch ihren Kandidatensinn die „besonnenen“ Elemente abstöße und politischen Einfluß — soll heißen Mandate — verliere.

So bezeichnend diese Stellungnahme für die Ehrlichkeit der Propagandisten der „Parteiinheit“ in der Mehrheitspresse ist, so kommt sie doch nicht unerwartet. Denn in dem Augenblick, wo die vom Kumpf-Partei-vorstand geschaffene Sonderorganisation im 11. Berliner Landtagswahlkreis sich mit den Freistimmigen gegen den rechtmäßigen Kandidaten, Genossen Mehring verbrüder und offen zur Stimmabgabe für die Wahlmänner der Fortschrittler auffordert, wäre es mehr als töricht, von der Mehrheitspresse die Anerkennung der Tatsache zu verlangen, daß die Haltung ihrer schweizerischen Gesinnungsgenossen die Partei um ein Mandat gebracht hat. Durch ihre Verbrüderung mit den Bürgerlichen hat die deutsche Mehrheit schon jetzt die Grünlianer weit hinter sich gelassen.

Vorwärts sie hoffen. Dem Gewaltstreik, der den „Vorwärts“ in die Hände des Parteivorstandes brachte und ihn damit zum Organ der „Mehrheit“ umwandelte, sind andere gefolgt. Die „Eisenerbeiter-Freie Presse“, die Bremer „Bürgerzeitung“, die Königsberger „Volkszeitung“ wurden ebenfalls den Organisationen, die sich zur Minderheit halten, auf die brutale Weise geraubt. Macht geht vor Recht, ist das Motto des Parteivorstandes geworden. Und er ist in der Lage, seine Macht zu zeigen, weil die gegenwärtigen Kriegszustände sein Vorgehen erleichtern.

Das Unrechtmäßige und Schamlose seiner Handlungsweise wird von den Parteigenossen im Ausland selbstverständlich auch erkannt. Sie werden sich ihr Urteil danach bilden. So teilt die Pariser „Humanité“ ihren Lesern im Anschluß an Platte aus dem „Vorwärts“, der „Tribüne“ und „Volkszeitung“ und an einen Bericht über die letzte Groß-Berliner Versammlung folgendes mit:

Die Pressefrage weist auf die Schaffung einer sozialistischen Zeitung in Berlin gegen den „Vorwärts“ hin. Es ist offenbar, daß die Mehrheit zum Teil auf Schwächere dieser Art (gemeint ist der „Vorwärts“) von Ad. Hoffmann, daß sich der Gründung eines Blattes in dieser Zeit große Schwierigkeiten in den Weg stellen, denen die Opposition begegnet, ihre Hoffnungen gründet!

Ist es ein Wunder, daß die Genossen im Ausland das Mißtrauen gegen eine Organisation, die das Recht in der Partei mit Füßen tritt und ihre Macht auf dem Unrecht aufbaut, nicht überwinden können?

Partei-Arbeitsgemeinschaft. In seiner Bekämpfung der Opposition greift der Vorstandsvorwärts zu den sonderbarsten Akrobatikstücken. Er redet in seinen Polemiken gegen die seiner Politik unangenehme Parteigenossen von der „Partei-Arbeitsgemeinschaft“. Dabei weiß er ganz genau, daß es eine „Partei-Arbeitsgemeinschaft“ gar nicht gibt. Jeder mit den Parteiverhältnissen nur oberflächlich vertraute Genosse weiß, daß die Arbeitsgemeinschaft nichts anderes ist, als eine Zusammenfassung der aus der Fraktion hinausgedrängten sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich zum Zwecke der besseren parlamentarischen Vertretung zusammengegliedert haben. Von einer „Partei“ kann nicht die Rede sein. Aber bei der Scheu vor der Wahrheit muß der „Vorwärts“ die Wahrheit verstellen. Das weiß die Redaktion auch, bezieht sie sich doch selbst auf eine Rede Haases in der Verbandsversammlung von Groß-Berlin, in der Haase es ablehnte, eine neue Partei zu gründen.

Es bedarf einer solchen Gründung auch nicht, da wir auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehen, und die anderen es sind, einschließlich des „Vorwärts“, die sich von der Partei und ihren alten Grundsätzen abgewandt haben.

Daß die gemäßigten Organisationen und Genossen sich organisatorisch zusammenschließen, ist eine Selbstverständlichkeit und eine Notwendigkeit. Aber da mit wird noch lange keine neue Partei gegründet. Das

würde erst dann geschehen, wenn die sozialdemokratischen Grundsätze aufgegeben würden. Das geschieht aber nicht, im Gegenteil, der organisatorische Zusammenschluß erfolgt gerade zur Wahrung der alten sozialdemokratischen Partei, im Gegensatz zu den Unternehmern und Verleugnern sozialdemokratischer Anschauungen.

Gewerkschaften und Partei. Die Gewerkschaftsführer verstanden sich, daß die Gewerkschaften von der Parteifreiheit herkommen bleiben müßten. Das sagen sie, obwohl sie in demselben Atemzuge eine Politik verfolgen, die der Arbeiterklasse nicht dienlich ist, sondern sie auf das schwerste schädigt. Wie manche Gewerkschaften sich zu Parteifragen stellen, geht aus einem Zirkular hervor, das die Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes in Königsberg an ihre im Felde stehenden Mitglieder geschickt hat. Das Zirkular hat folgenden Wortlaut:

Deutscher Transportarbeiter-Königsberg, den 14. Febr. 1917 Verband.

Lieber Freund und Kollege!

Beifolgend erhält Du wieder etwas neues Material mit den Nr. 2 und 3 des „Courier“. Ebenfalls fügen wir eine Abrechnung vom Jahre 1916 bei, aus der Du unsere Kassendaten und Mitgliederbewegung ersehen kannst. Der Bericht von unserer Generalversammlung erscheint erst in der nächsten Nummer.

Leider haben eine große Anzahl Kollegen es unterlassen, uns ihre neuen Adressen mitzuteilen, wir ersuchen Dich, uns umgehend Deine neue Adresse mitzuteilen, da wir andernfalls die Zusendung der Zeitung einstellen müssen.

Im Verband geht alles seinen geregelten Gang, nur in der Partei erleben wir wenig Freude. Nachdem die Arbeitsgemeinschaft ihre „Zersplitterungsversuche“ immer weiter fortgesetzt hat, ist es zum offenen Bruch gekommen. Auf einer Konferenz, die am 8. Januar in Berlin getagt hat, hat sie, so bedauerlich es für die Arbeiterbewegung ist, beschlossen, „eigene Organisationen ihrer Seite“ ins Leben zu rufen. Wie weit sie damit kommen wird, bleibt abzuwarten.

Deine Zeilen vom ... haben wir erhalten und sagen Dir unseren besten Dank.

Mit bestem Gruß die Ortsverwaltung.

J. A. G. Werner. A. Schiller.

Um die im Felde stehenden Mitglieder noch besonders zu erfreuen, bringt man dem Anschriften ein Gedicht bei, das sich durch Niedergabe nur einer Strophe von selbst charakterisiert:

„Die das große Maul hier führen,
Unser Feldherrn kritisieren,
Alle Geiger, die da tragen,
Daß man könnt vor Aerger plagen,
Alle Drahtkomobuschänder,
Frauen, die nicht kriegen Kinder,
Weiber, die die Bür anhaben:
Nimm damit, im Schützengraben!

Der das Zeug an die Feldgraben verbrochen hat,
aber zu Hause hinterm Ofen, sollte in erster Linie,
dazu bemüht sein, den Schützengräben zu zieren. Er wird sich aber sehr in Acht nehmen! Das sind die großen Geister, die zu Hause „unabkömmlich“ sind und Andersdenkende begreifen.

In der „Brandenburger Zeitung“ legt sich eine Zuschrift aus Berlin darüber auf, daß die Anhänger der Opposition für eine ihrer auswärtigen Zeitungen Abonnenten sammeln. Das sei doch unrecht, wo die „Brandenburger Zeitung“ stets die Interessen der Arbeiterklasse vertreten habe; man verurteile die „Brandenburger Zeitung“ durch schmutzige Verleumdungen herabzumühen, um dadurch Anhänger zu gewinnen für die Methoden gewisser Blätter, die geeignet sind, den Parteifreit immer mehr zu entfachen und die Arbeiterklasse auseinanderzureißen.

Die Partei ist durch die Politik des Parteivorstandes auseinandergerissen worden, und nicht durch die jetzigen, die unsere alten Grundsätze auch ferner in aller Treue hochhalten. Man hat die Opposition aus dem Organisationsstromen hinausgedrängt und da will man es ihnen noch verdenken, wenn sie sich zusammenschließen und für ihre Ziele wirken. Auch maßregeln lassen und danke schon sagen, das wäre allerdings nach dem Herzen der Regierungssozialisten. Auch in Zeilen werden die Arbeiter immer mehr einsehen, daß sie am besten fahren, wenn sie eine klare und entscheidende Politik verfolgen.

Aus den Berliner Gewerkschaften.

Der Vorwärtsrat und die Berliner Holzarbeiter. Am 8. Dezember v. J. hatten die Berliner Holzarbeiter in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, dem für die Arbeiterinteressenvertretung unangenehmen Vorwärts ihre gewerkschaftlichen Veröffentlichungen aus Selbstachtung zu entziehen. Mehrere Anträge im gleichen Sinne aus Mitgliederkreisen fielen dem Beschluß trotz der Gegenwehr ihres Vorsitzenden Glöck durch. Der Ortsverwaltung wurde der Auftrag erteilt, durch event. Entlassung in der Holzarbeiterzeitung Abbildung zu schaffen, was bis jetzt unausgeführt blieb. Inzwischen haben die Funktionäre durch Handzettel, mehrfach durch die Post, mit den Kollegen in Verkehr zu treten versucht. Dieser unzulässige unzulässige Behebel führte selbstverständlich zu Beschwerden, die letzten Endes die Ortsverwaltung ermutigten, den Mitgliedern in einer außerordentlichen Generalversammlung vom 23. Febr. einen Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten: Dem Vorwärts wieder zu gewerkschaftlichen Besamungen und Inseraten zu erlauben. Durch den Antragstellersatzlag gleichzeitig in der Leipziger Volkszeitung und im Braunschweiger Volksfreund zu veröffentlichen, sollte den Mitgliedern die Bitte schmachtender

werden. Endlich hatten es die Berufszeitungsleute der Organisation auch fertiggebracht, der Versammlung eine „Musterzeitung“ der Sozialdemokratie zum lokalen Bericht zu veröffentlichen. — Der Vorsitzende Glode begründete den Antrag der Verwaltung mit der Kennzeichnung der vorerwähnten zwischenzeitlichen, untragbaren Zustände. Er ermahnte, von der politischen Gerechtigkeit zu bejammern, teingewerkschaftlicher Interessenwahrung zuzugreifen und der Verwaltung durch Bietungsvergabe des Vorwärtis zu ermöglichen, an die Indifferenzen heranzutreten. — Auch der Hauptvorstand habe sich — durch 16 Beschwerden — in einem Schreiben im Sinne des Antrages an die Verwaltung gewendet. Und endlich haben Frauen in dem Fortfall gewerkschaftlicher Traueranzeigen eine Verletzung der Pietät beklagt.

In einer ausgiebigen Diskussion wurden diese Scheingründe als haltlos zerstückelt. Vor allem bestritt ein Hauptvorstandsmitglied selbst, daß die verlassenen gewerkschaftlichen Zustände durch den Vorkauf beschleunigt herbeigeführt und durch dessen Aufhebung vermindert werden könnten. Entschieden wies er zurück, daß irgendeinen Bestimmung der Vorwärtis eine gewerkschaftschädigende Absicht treibe. Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationsleitungen sei, beim Parteivorstand und Vorwärtisverlag auf Wiederherstellung des alten Zustandes im Vorwärtis zu drängen. Unter lebhaftem Beifall protestierte er gegen das anmaßende Vorgehen der Mehrheitsleitung, in den Organisationen mit ihrer Stellung zu den Gegenwärtisfragen noch unsere Arbeiterinteressen zu vertreten. — Von einem Holzarbeiter wurde Glode befragt, was denn während des gewerkschaftlichen Burgfriedens für bedeutsame Erträge so über Nacht reifen, daß deren Fruchtlosigkeit unverzüglich durch die Tagespresse betreten werden müsse? Der in so heißer Situation zur Schlussrolle und zur nochmaligen Empfehlung des Verwaltungsantrages genötigte Glode griff dann, beim Versuch, den Antrag zu retten, zu den unumgänglichen Gründen, die ihm ein unangenehmes Trommelfeuer von widersprechenden Zwischenrufen eintrugen.

Die Abstimmung ergab mit überwältigender Mehrheit die Ablehnung des Antrages. — Der unerledigte Teil der Tagesordnung mußte vertagt werden; zu ihm gehört auch die Stellungnahme zur Haltung der Generalkommission.

Hutmacher. Am 28. Februar beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Hutmacher mit dem Hilfsdienstgesetz. Als Referent war Eugen Bräuner von der Gewerkschaftskommission erschienen. Das Referat bewegte sich ganz natürlich in Generalkommissionsgedanken. Die Diskussion war recht lebhaft. Wie ein vernichtender Hagelschlag prasselte es nieder, auf die sog. Gewerkschaftsvertreter im Reichstage. Außer den Gewerkschaftsbeamten der Hutmacher, stellten sich sämtliche Diskussionsredner auf einen ablehnenden Standpunkt. Der Freund war nicht mehr zu retten und die Versammlung nahm folgende Resolution gegen 9 Stimmen an:

„Die heutige Versammlung verurteilt ganz entschieden die Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter im Reichstage zum Hilfsdienstgesetz. Diese Stellungnahme spricht allen gewerkschaftlichen Prinzipien Hohn und ist geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zu den Organisationen zu untergraben und wirkt so direkt arbeiterschädigend. Die einzig mögliche Stellung zu dieser Frage nahm die Arbeitsgemeinschaft ein, und spricht die Versammlung diesen Vertretern ihre Anerkennung aus.“

Ferner verurteilt die Versammlung mit Entschiedenheit das Schreiben der Generalkommission an den Reichstagsrat und den Leiter des Kriegsamtens, als allen gewerkschaftlichen Traditionen widersprechend. Die Versammlung vermag nicht einzusehen, was derartige Schreiben mit gewerkschaftlichen Interessen verbinden soll. Auch stellt sie fest, daß dieses Schreiben autoritativ, über die Köpfe der Mitglieder hinweg, verfaßt und abgesandt ist, und protestiert gegen eine derartige Behandlung.“

Lebensmittelfragen.

Der Mangel an Kartoffeln und an anderen Lebensmitteln in Verbindung mit der Teuerung hat zur größeren Inanspruchnahme der städtischen Volksspeisung geführt. Der Monat Februar weist bei einer Anmeldungsanzahl von 152 730 in einer Woche die Ausgabe von 1 069 110 Wochenportionen aus. Hierbei ist zu beachten, daß auch diese Anmeldungsanzahl von 152 730 nicht etwa das genaue Bild des wirklichen Teilnehmerkreises ergibt. Denn in sehr vielen Haushaltungen pflegen sich z. B. mit einer Speisemenge von 3 Litern nicht nur 3 sondern 5 Personen zu befriedigen zur Mittagsmahlzeit. Mit vorübergehendem Wachsen und Sinken der Beteiligung wird immer gerechnet werden müssen. Jedoch ist bei der augenblicklichen Lage anzunehmen, daß sich die Beteiligungszahl auf ihrer Höhe hält, wenn nicht noch weiter steigen wird.

Es ist früher immer behauptet worden, als die Beteiligung an der Volksspeisung geringer war, das sei der Beweis dafür, daß Lebensmittel immer noch genügend zu haben seien. Diese Annahme war falsch. Wer es konnte, versuchte selber zu kochen, weil die Frauen dann wußten, was sie im Essen hatten und wenn es noch so mager war. Heute fehlt eben viel. Man darf bei erhöhter Teilnehmerzahl auch nicht auf bessere Qualität der Speisen schließen, denn was jetzt an manchen

Tagen in den städtischen Küchen zusammengekocht wird, ist nicht zu enträtseln. —

Die Brotrotation ist für Arbeiter zu gering. Das ist auch der Grund, warum der Handel mit Brotarten so üppig blüht. Man weiß nicht recht, wo die Brotarten herkommen, die vielfach zu hohen Preisen zum Kauf angeboten werden, aber sie würden keinen Absatz finden, wenn die Brotrotation ausreichend wäre. In einzelnen Fällen, in denen Anzeige wegen solchen Handels erfolgt, werden immer beide Teile bestraft: der, der sie verkauft und der, welcher sie kauft. Dieser Tage hat die Strafkammer des Landgerichts I einen hiesigen Einwohner wegen Hehlerei schwer verurteilt. Weil er Brotarten gekauft und wieder verkauft, also einen regelrechten Handel mit Brotarten getrieben hat, wurde der Mann vom Landgericht zu der schweren Strafe von 4 Jahren Gefängnis verurteilt und außerdem der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verhängt. —

Die vom Magistrat veranstaltete Sammlung von Knochen, auch gekochten, scheint nicht so zu klappen, wie man sich das vorstellt hat. Die Knochen würden vielfach mit Schmutz, Kehricht, sogar mit Glas abgeliefert. Das geht nicht an. Der Magistrat bittet, die Ablieferung der Knochen von anderen Abfällen getrennt zu halten. Die Knochen sollen zur Gewinnung von Speisefett gesammelt werden. In der „Deutschen Tageszeitung“ wurde kürzlich eine Polemik gegen den Kriegsausfluß für Öle und Fette geführt, von dem dieser Vorschlag, die Knochen zu sammeln, herrührt, und es wurde nachzuweisen versucht, daß diese Knochensammlung und Verwertung unwirtschaftlich sei und das Ziel nicht erreiche. Das Mahlen der Knochen und die Verwertung der gemahlten Knochen im Haushalt sei dem vorzuziehen. Wir sind nicht sachverständig genug, um in diesem Streit über die Knochenverwertung ein Urteil zu fällen.

Viele Leute sind froh, Knochen zum Kochen zu erhalten. Die sind aber immer schnell verariffen, obendrein für teures Geld. Da ist es nicht uninteressant, in Provinzzeitungen zu lesen, daß es Orte gibt, in denen zum Kauf von Knochen nur Knochenkarten berechtigen und daß man für 10 Pf. ein Pfund Knochen kaufen kann. In Wilhelmshagen gibt es solche Knochenkarten; für Schwerarbeiter gibt es dort auch Rippenkarten, auf die je 4 Pfund Rippen zum Preise von 40 Pf. abgegeben werden. In anderen Städten wird Speisefett an die Einwohner verabfolgt, was in Berlin in den seltensten Fällen und nur zu unerhört hohen Preisen zu haben ist. Und warum in Berlin für das Pfund Knochen 50 Pf. gezahlt werden müssen, dürfte auch zu den vielen Unbegreiflichkeiten in unserer Ernährungspolitik gehören.

Die Fleischportion ist wieder auf 250 Gramm herabgesetzt worden. Mit den Kartoffeln bleibt es, wie es war. Bei dem Frost dürften Kartoffeln gar nicht herankommen.

Angelündigt ist die Zufuhr von Fischen. Die Breite sind festgesetzt, aber von Fischen ist nichts zu sehen. Der größte Teil wandert in die Fischkonservenfabriken, wo sie in Büchsen getan und für teures Geld dem Publikum zum Verkauf gestellt werden.

Eine Erhöhung der Preise für Schweinefleisch und Kalbfleisch hat der Magistrat vornehmen müssen, weil die Stallhöchstpreise anders geregelt sind.

Der Höchstpreis für 1 Pfund bester Ware beträgt von jetzt ab:

| | |
|---|-----------------|
| Frisches Schweinefleisch bzw. Schweinefett: | |
| Für Schnitzel und Filet | 2,50 Mk. (2,40) |
| „ Rücken Fett, Piesen u. Nider | 2,40 „ (2,30) |
| „ frisches Schinken mit Hinterbein | 2,— „ (1,80) |
| „ Rippenspeer, Kamm und Schuft | 2,10 „ (2,—) |
| „ Bade | 1,50 „ (1,60) |
| „ Bauch, Blatt, Querrippe vom Rippenspeer | 1,80 „ (1,50) |

Beim Verkauf vorstehender Fleischsorten dürfen besondere Beilagen nicht zugewogen werden. Für Dickbein 1,40 Mk. (unverändert)
 „ Spitzbein 0,30 „ „
 „ Kopf ohne Bade 0,90 „ „

Kalbfleisch:
 Für Rücken und Keule mit Haxe, Brustspitze ohne Hals, ohne Nachbrust und ohne Dünning

2.— Mk. (bisher besser Sorte 2,10 Mk., geringere Sorte 1,50 Mk.)

Für die übrigen Teile 1,60 Mk. (bisher bessere Sorte 1,50 Mk., geringere Sorte 1,30 Mk.)

Für schieres Kalbfleisch ohne Knochen, auch Schnitzel 2,50 Mk. (bisher 2,80 Mk.)

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß ein Verkauf von gehacktem Schweinefleisch, rein oder mit anderem Fleisch gemischt, verboten ist.

Aus den Organisationen.

Aus Anlaß der Nichttagswahl in Osthavelland bleiben Verbundbüro, Büro der Wahlvereine in Neukölln, Berlin 4. und 6. Kreis am Mittwoch, den 14. März geschlossen.

1. Wahlkreis, erste Abteilung. Der Wahlabend findet am 14. März, abends 8 Uhr im Lokal des Genossen Reguhl, B. Schöffstr. 2 statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
 Di Gruppenleitung.

2. Wahlkreis (Friedrichstadt), 3. Abteilung. Mittwoch, den 14. März, Wahlabend bei Raichmann, Wilhelmstr. 118. Wahlorgeln. Donnerstag, den 15. März bei Krüger, Zinsamerstraße 63.

5. Abteilung, Semensamer Wahlabend bei Albert, Hagelsbergstraße 52.

3. Wahlkreis. Der Wahlabend für die 4. Abteilung, 221., 222., 223., 223. Wahlbezirk findet bei auf weiteres bei Klucke, Ritterstr. 32, Ecke Jakobikirchstraße statt. Der abteilungsleiter.

Tempelhof. Unser Wahlabend findet am Mittwoch, den 14. März in folgenden Lokalen statt: 1., 2., 7., 8. Bezirk bei Hohmann, Borussiastr. 40; 3., 4., 5., 6. Bezirk bei Friedr. Henig, Wilhelmstr. 35; 9. Bezirk bei Gottlieb Schreier, Dunkelstr. 59. Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in Verches Bürgerkassen ein gemeinsamer Wahlabend statt. Die Zustände der örtlichen Parteiverhältnisse erfordern, daß alle den alten sozialistischen Grundsätzen treu bleibenden Genossen und Genossinnen zusammenfinden müssen, um den Bestrebungen der Parteiführer in unserem Ort wirksam entgegenzutreten zu können. Es wird pünktlich angefangen.

Treptow-Baumschulweg. Die Wahlabend findet am Mittwoch, den 14. März, für jeden Ortsteil gemeinsam statt: für Treptow bei Scholz, Gräbstr. 49, für Baumschulweg bei Krause, Riechholzstr. 249. Bekunntgabe wichtiger Anzeigen, daher zahlreiche Anwesenheit der Mitglieder notwendig.
 Der Vorstand.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 11. März, vormittags 9 Uhr, Bappel-Allée 15/17; Neukölln, Idealkolono, Weichselstr. 8; Ober-Edenweide, Clarastr. 2; Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurterstr. 8; Vortrag von Frau Maria Krusche: Freigeist und moderner Protestantismus. — Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Montag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Übungsstunde, Köpenicker Str. 62. Teilnehmer und Mitglieder, welche sich der Prüfung am 21. März unterziehen wollen, werden gebeten ihre Adresse an den Vorsitzenden schriftlich abzuliefern. Ferner Ausgabe von Flugblättern.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis.

Infolge eines Pauschschusses fiel am 20. Februar 1917 unser langjähriger Parteigenosse und Bezirksführer

Erich Jacob

Lügowstr. 10, Bezirk 46, Westen, 2. Abteilung.

4. Wahlkreis.

Am 5. Februar fiel im Alter von 25 Jahren der Schloffer

August Bleil

Köpenicker Str. 6a, Bezirk 179.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 23. Februar verstarb unser Genosse, der Bauarbeiter

Adolf Floß

Büschingstr. 5, Bezirk 182.

Am 20. Februar verstarb unser Genosse, der Zugführer a. D.

Hermann Frommhold

Raupstr. 21, Bezirk 146.
 Ehre ihrem Andenken!